

Heute im Haupt- und Finanzausschuss Verwaltung empfiehlt Ablehnung der Petition

Lünen. Nachdem die Verwaltung den freiwilligen Bürgerentscheid zum Kraftwerksbau in Lünen als Petition einstuft und diese an den Rat weiterreichen will, empfiehlt die Verwaltung nun, die Petition abzulehnen.

Das geht aus der Erklärung des Ersten Beigeordneten Günter Klencz hervor, die er heute in Vertretung von Bürgermeister Hans Wilhelm Stodollick im Haupt- und Finanzausschuss abgeben wird (16.15 Uhr, Rathaus). Klencz begründet darin, warum der Antrag zur Durchführung eines freiwilligen Bürgerentscheides die Voraussetzung des Paragraphen 24 der NRW-Gemeindeordnung in Verbindung mit Paragraph 12 der Hauptsatzung der Stadt Lünen erfüllt.

Der Beigeordnete wird ferner mitteilen, dass die Durchführung des Begehrens mit erheblichen Kosten verbunden wäre, „so dass bereits aus diesem Grunde die Entscheidung darüber in die Zuständigkeit des Rates fällt. Daher schlage ich vor, die Petition an den Rat zu verweisen und in der Sitzung am 6. Dezember darüber abschließend zu befinden.“

Klencz weiter: „Aus Sicht der Verwaltung habe ich erhebliche Bedenken gegen die Durchführung einer solchen Bürgerbefragung: Den Bürgern wird vorgegaukelt, sie könnten etwas ‚entscheiden‘. Auf ihr Votum käme es an. Die Entscheidung über die Errichtung und den Betrieb wei-



(Bild: Archiv)

„Den Bürgerinnen und Bürgern wird vorgegaukelt, sie könnten etwas ‚entscheiden‘. Auf ihr Votum käme es an.“

Günter Klencz, Erster Beigeordneter

terer Kohlekraftwerke trifft aber (...) ausschließlich und allein die Bezirksregierung Arnsberg. Es würde viel Geld ausgegeben für eine solche Befragung, deren Ergebnis auf laufende oder noch in Gang zu setzende Verfahren keinen Einfluss hätte. Die Bezirksregierung hat allein nach Recht und Gesetz zu entscheiden, nicht aber nach dem Befinden von Bürgerinnen und Bürgern.“

Und, so Klencz weiter: „Sofern sich die Befragung auf ein Kraftwerk der Evonik Steag bezieht, ist festzuhalten, dass es dazu bereits ein eindeutiges, ablehnendes Votum des Rates gibt. Dieses ist durch den Bürgermeister der Firma Evonik Steag mitgeteilt worden. Im Januar wird Bürgermeister Stodollick die Haltung des Rates noch einmal mündlich dem Vorsitzenden der Geschäftsführung der Firma Evonik erläutern.“

Aus all diesen Gründen, so der Beigeordnete, werde die Verwaltung dem Rat empfehlen, die Petition abzulehnen.